



Bundesnachrichtendienst

Eingegangen

05. Okt. 2017

Heinemann & Partner, Rechtsanwälte -
Partnerschaftsgesellschaft mbB

POSTANSCHRIFT Bundesnachrichtendienst, Postfach 1 20, 82042 Pullach

Bundesverwaltungsgericht
6. Senat
Simsonplatz 1
04107 Leipzig

Dr. Werner Ader

Referatsleiter Justitiariat und Datenschutz

HAUSANSCHRIFT Heilmannstraße 30, 82049 Pullach
POSTANSCHRIFT Postfach 1 20, 82042 Pullach

TEL 089-7440-83811

FAX 089-7440-85392

BEARBEITER Herr Veith

E-MAIL rechtsreferat@bnd.bund.de

INTERNET www.bnd.bund.de

DATUM 25. September 2017

GESCHÄFTSZEICHEN ZYF-54-75-ZYF-247/17

Per Fax: (0341) 2007-1000

BETREFF Arne Semsrott ./ Bundesrepublik Deutschland (Az. BVerwG 6 A 2.17)

HIER Klageerwiderung

BEZUG Bundesverwaltungsgericht, Az. BVerwG 6 A 2.17 vom 11. Juli 2017

- Anlage
1. Verwaltungsvorgang
 2. Anfrage des Klägers vom 23. August 2016
 3. Schreiben des BND vom 28. September 2016
 4. Schreiben des Klägers vom 25. Oktober 2016
 5. Bescheid des BND vom 26. November 2016
 6. Anfrage des Klägers vom 8. Januar 2017

**In der Verwaltungsstreitsache
(BVerwG 6 A 2.17)**

Arne Semsrott
c/o Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.
Singerstr. 109
10179 Berlin

Prozessbevollmächtigter:

Heinemann & Partner
III. Hagen
45127 Essen

gegen

die Bundesrepublik Deutschland,

vertreten durch den Bundesnachrichtendienst,
dieser vertreten durch seinen Präsidenten Dr. Bruno Kahl
Heilmannstr. 30
82049 Pullach

wegen Zugang zu Umweltinformationen

übersendet der Bundesnachrichtendienst (BND) den Verwaltungsvorgang (Anlage 1) und beantragt:

Die Klage wird abgewiesen.

Begründung:

Die Klage hat keine Aussicht auf Erfolg, da sie unbegründet ist. Die Klage wird daher in vollem Umfang abzuweisen sein.

A. Zum Tatsächlichen

Der Sachvortrag des Klägers ist folgendermaßen zu ergänzen:

I. Zu der Online-Plattform www.fragdenstaat.de

Der Kläger ist Projektleiter bei dem Verein „Open Knowledge Foundation“ (OKF), welcher sich - seiner eigenen Beschreibung nach - für offenes Wissen, offene Daten, Transparenz und Beteiligung einsetzt.

Die OKF ist zugleich Betreiber der Online-Plattform www.fragdenstaat.de (FragdenStaat.de). Die Plattform setzt sich für die Informationsfreiheit ein und verlangt grundsätzlich offene Daten, welche von jedermann frei verwendet, genutzt und verbreitet werden sollen.¹

FragdenStaat.de ist ein sog. Online-Tool, über welches Personen online Anfragen an Behörden stellen können. Die Plattform gibt Anfragenden über eine elektronische Eingabemaske die Möglichkeit, innerhalb kürzester Zeit und ohne besonderen Aufwand Informationsfreiheitsrechte geltend zu machen.

¹ Vgl. die Website der „Open Knowledge Foundation“ - www.okfn.de/themen/ 7. August 2017 um 14:09 Uhr.

FragdenStaat.de übernimmt dabei die mit diesem Antrag verbundene gesamte Verwaltungsarbeit für den Nutzer. Sofern eine Anfrage gestellt wird, wird für den Nutzer eine E-Mail-Adresse erstellt unter der Domain FragdenStaat.de. Hierüber wird anschließend die Anfrage versandt. Sowohl der Nutzer wie auch jeder Besucher der Seite kann sich dann über den Bearbeitungsstand der Anfrage informieren. Sofern die Anfrage bearbeitet und beantwortet wurde, benachrichtigt FragdenStaat.de hierüber den Nutzer. Im Anschluss wird die Auskunft auf der Seite FragdenStaat.de veröffentlicht.

Das Hauptanliegen von FragdenStaat.de ist dabei, die Motivation anderer Menschen, Anfragen an Behörden zu stellen, zu fördern und die Frage nach einer Behördenauskunft für alle Menschen zu erleichtern.

Die Plattform FragdenStaat.de existiert seit dem Jahr 2011, seitdem ist auch ein Anstieg von Informationsanfragen an den BND zu verzeichnen. So stieg die Zahl der Anfragen seit dem Jahr 2012, in dem lediglich eine Person eine Anfrage gestellt hatte auf 15 Anfragen im Jahr 2014, wovon insgesamt 14 Anfragen über die Plattform FragdenStaat.de gestellt wurden. Seitdem erfolgt der weit überwiegende Teil über FragdenStaat.de.

Laut eigenen Angaben werden die Hälfte aller in Deutschland gestellten IFG-Anfragen über die Plattform FragdenStaat.de gestellt.

Die Seite FragdenStaat.de finanziert sich durch sog. Crowdfunding. Durch Spenden werden auch die von FragdenStaat.de geführten Gerichtsverfahren finanziert.²

II. Zu der Anfrage des Klägers

Der Kläger hat schon vor dem diesem Verfahren zugrundeliegenden Antrag auf Auskunft über Umweltinformationen im Jahr 2016 andere Anträge gestellt.

Mit Antrag vom 23. August 2016 stellte der Kläger bereits eine Anfrage und bat um die Zusendung eines Verzeichnisses über beim BND verfügbare Umweltinformationen (Anlage 2). Nachdem der BND um Präzisierung des bis dahin zu unbestimmten Antrags gebeten hatte (Anlage 3), grenzte der Kläger mit E-Mail vom 25. Oktober 2016 (Anlage 4) seinen Antrag insoweit ein, als er um Übersendung

² Vgl. <https://fragdenstaat.de/hilfe/spenden> am 7. August 2017 um 14:09 Uhr.

von sämtlichen innerdienstlichen Berichten und Rundschreiben des Umweltbeauftragten des BND aus den Jahren 2014 bis 2016 bat.

Mit Bescheid vom 25. November 2016 teilte der BND mit, dass er über diese erbetenen Informationen nicht verfüge (Anlage 5).

Über das Portal FragdenStaat.de wurde am 8. Januar 2017 nun erneut ein Antrag auf Zugang zu einer Übersicht der Titel sämtlicher Akten zum Umweltschutz gestellt (Anlage 6). Die Anfrage wurde per E-Mail mit der Adresse a.semsrott.yfkt8bzhwz@fragdenstaat.de an den BND gesandt. Auch der sich hieran anschließende Widerspruch wurde unter dieser E-Mail-Adresse eingelegt.

B. Zum Rechtlichen

Die Klage ist unbegründet und wird daher abzuweisen sein. Im Einzelnen:

II. Zur Unbegründetheit der Klage

Die Klage ist unbegründet. Eine Verpflichtungsklage ist begründet, soweit die Ablehnung oder Unterlassung des Verwaltungsaktes rechtswidrig ist und der Kläger dadurch in seinen Rechten verletzt wird, § 113 Abs. 5 S. 1 VwGO.

Die Ablehnung des Antrags des Klägers mit Bescheid vom 20. März 2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 9. Juni 2017 durch den BND war rechtmäßig, da kein Anspruch auf Zugang zu Umweltinformationen gem. § 3 UIG zu gewähren ist (1.), was gleichsam eine Rechtsverletzung des Klägers ausschließt (2.).

1. Kein Anspruch auf Zugang zu Umweltinformationen gem. § 3 UIG

Der Kläger hat keinen Anspruch gem. § 3 Abs. 1 S. 1 UIG auf Zugang zu einer Übersicht der Titel sämtlicher Akten, die beim Bundesnachrichtendienst zum Thema Umweltschutz vorhanden sind, da sowohl die formellen wie auch die materiellen Anspruchsvoraussetzungen dieser Norm nicht erfüllt sind.

In materieller Hinsicht ist der Tatbestand der Anspruchsgrundlage nicht erfüllt. Gem. § 3 Abs. 1 S. 1 UIG hat jede Person nach Maßgabe dieses Gesetzes Anspruch auf freien Zugang zu Umweltinformationen, über die eine informationspflichtige Stelle im Sinne des § 2 Abs. 1 UIG verfügt, ohne ein rechtliches Interes-

se darlegen zu müssen. Diese Voraussetzungen sind zugunsten des Klägers nicht erfüllt, sodass ein Anspruch auf Informationszugang entfällt.

Zwar ist der BND gem. § 2 Abs. 1 Nr. 1 UIG eine „andere Stelle der öffentlichen Verwaltung“, jedoch handelt es sich bei der vom Kläger begehrten Übersicht über sämtliche Akten, die beim BND zum Thema Umweltschutz vorhanden sind um keine Umweltinformation. (a.). Darüber hinaus verfügt der BND über kein Verzeichnis der bei ihm vorliegender Umweltinformationen (b.). Schließlich stünden einem solchen Informationszugang auch der Schutz öffentlicher Belange gem. § 8 UIG entgegen (c.). Zuletzt ergäbe sich eine Verweigerung des Zugangs auch aus einer analogen Anwendung der Bereichsausnahme des § 3 Nr. 8 Informationsfreiheitsgesetz (IFG) (d.).

a. Keine Umweltinformation im Sinne des § 2 Abs. 3 UIG

Bei der vom Kläger begehrten Übersicht über sämtliche Akten des BND zum Thema Umweltschutz handelt es sich um keine Umweltinformation gem. § 2 Abs. 3 UIG.

Der Begriff der Umweltinformation wird in § 2 Abs. 3 UIG definiert. Umweltinformationen sind demnach unabhängig von der Art ihrer Speicherung alle Daten, die in den Ziffern 1 bis 6 aufgezählt werden. Davon wird jedoch nicht die vom Kläger begehrte Übersicht der sich im BND befindlichen Umweltinformationen umfasst.

Mit der in § 2 Abs. 3 UIG fein gegliederten Definition wollte der Gesetzgeber einem Antragsteller den Zugang zu Umweltinformationen im UIG erleichtern und verhindern, dass Behörden versuchen, den Begriff der Umweltinformation zu ihren Gunsten zu eng und damit zulasten des Gesetzeszweckes – der Gewährung von umfassenden Zugang zu Umweltinformationen – auszulegen.

Lediglich der Begriff der Information als zentraler Leitbegriff erfährt keine eigenständige Definition. Die Begriffe Daten, Angaben und Aufzeichnungen werden stattdessen zum Teil synonym und zirkulär benutzt.³ Diese Unschärfe wird durch ein Paradigma der weiten Auslegung versucht zu kaschieren. So sollen beispielsweise Informationen alle Aufzeichnungen sein, unabhängig von der Art ihrer Speicherung.⁴ Der Begriff der Umweltinformation ist somit weit auszulegen. Ob

³ Karg-Gersdorf/Paal - BeckOK Informations- und Medienrecht, 16. Edition 2017 § 2 Rn 67.

⁴ VG Stuttgart – Urt. v. 12. Juli 2012 (noch nicht rechtskräftig) – 4 K 3842/11- ZD 2012, 585, (585 f.).

eine Umweltinformation vorliegt, ist in der Regel im jeweiligen Einzelfall zu prüfen, ggf. auch durch eine summarische Feststellung.⁵

Bei einem Verzeichnis über Informationen handelt es sich auch unter Zugrundelegung eines weiten Begriffsverständnisses um keine dem Anwendungsbereich des § 2 Abs. 3 UIG unterfallende Umweltinformation. Dafür sprechen sowohl der Wortlaut (aa.), die Systematik des UIG (bb.), der Normzweck (cc.) als auch der auf das UIG anwendbare allgemeine Rechtsgedanke des Verbots des Ausforschungsbeweises (dd.).

aa. Legt man den Begriff der Umweltinformation konsequent an dem in § 2 Abs. 3 UIG aufgeführten Katalog aus, so findet sich keine Ziffer, die dem klägerischen Begehren Rechnung tragen würde. Unter keinen der dort bezeichneten Umweltbegriffe lässt sich ein solches Verzeichnis fassen.

bb. Dass eine solche Übersicht keine Umweltinformation ist, ergibt sich auch aus einer systematischen Auslegung des UIG selbst. § 7 Abs. 2 UIG enthält eine objektiv-rechtliche Verpflichtung, praktische Vorkehrungen zu treffen, um den Informationszugang zu erleichtern. So sollen gem. Ziff. 2 unter anderem auch Verzeichnisse veröffentlicht werden, die eine Übersicht der Behörde über verfügbare Umweltinformationen enthalten.

Daraus lässt sich ableiten, dass dem Gesetzgeber bei der (Neu-)Fassung des UIG bewusst gewesen ist, dass Verzeichnisse die Recherche erleichtern können, er es aber absichtlich unterlassen hat, eine solche Übersicht in die Begriffsbestimmungen des § 2 Abs. 3 UIG aufzunehmen.

cc. Würde man eine solche Übersicht als Umweltinformation im Sinne des § 2 Abs. 3 UIG gegliederten Katalogs verstehen, würde darüber hinaus der in der detaillierten Aufzählung des § 2 Abs. 3 UIG zum Ausdruck gebrachte Zweck konterkariert werden, rechtsmissbräuchlichen Ausforschungssuchen nach dem sehr weit gefassten Tatbestand des § 3 Abs. 1 S. 1 UIG entgegenzuwirken. Indem der Gesetzgeber den Begriff der schützenswerten Umweltinformationen feingliedrig definiert hat, sollte vermieden werden, dass allgemein gehaltene Anfragen gestellt werden, die keine tiefere Auseinandersetzung mit dem Thema Umweltschutz zum Gegenstand haben.

⁵ Karg-Gersdorf/Paal – a.a.O. § 2 Rn 69.

Bei dem Antrag des Klägers handelt es sich folglich nicht um einen Antrag auf Zugang zu Umweltinformationen,

dd. Andererseits muss auch im UIG der allgemeine Rechtsgedanke des Verbotes des Ausforschungsbeweises Anwendung finden. Dieser aus § 284 ZPO abzuleitende Rechtsgedanke verbietet (Beweisermittlungs-)Anträge, die dem bloßen Ausforschungsbeweis dienen.⁶ Es soll den Parteien daher verboten sein, durch gezielte Sachverhaltsermittlung das Gericht zu seinen Zwecken zu instrumentalisieren, einen entsprechenden Beweisbeschluss zu erlassen, durch den sich die Partei erst die Grundlage für genügenden konkreten Tatsachenvortrag beschaffen möchte. Wenn die Partei keine unmittelbare Kenntnis von internen Vorgängen der Gegenpartei hat, darf sie auch Tatsachen, deren Vorliegen sie nur vermutet, nicht voraussetzen.

Dieser allgemeine Rechtsgedanken muss auch im Allgemeinen für Anträge des UIG und im Speziellen für den Kläger gelten. Wenn der Antragsteller mit einem Antrag lediglich eine Ausforschung für einen späteren, weiteren Antrag betreiben will, zeugt dies von einem (mutmaßlich) fehlenden Willen des Klägers, sich mit einem konkreten (Umwelt-)Sachverhalt auseinanderzusetzen zu wollen. Denn der Kläger würde hier den BND dazu instrumentalisieren, durch die Übersendung des Umweltverzeichnisses ihm erst die Grundlage für die Stellung entsprechender Anträge zu ermöglichen.

b. Fehlendes Verzeichnis über Umweltinformationen

Wie bereits hinreichend im Ausgangsbescheid vom 20. März 2017 und auch im Widerspruchsbescheid vom 9. Juni 2017 mitgeteilt, verfügt der BND über kein Verzeichnis mit Umweltinformationen.

Gem. § 2 Abs. 4 S. 1 UIG verfügt eine informationspflichtige Stelle über Umweltinformationen, wenn diese bei ihr vorhanden sind oder für sie bereitgehalten werden. Eine nähere Definition des Vorhandenseins nimmt das UIG nicht vor. Während die ältere Rechtsprechung⁷ noch auf die rechtliche Verfügungsbefugnis abstellte, ist diese Auslegung mit Art. 2 Nr. 3 UIRL nicht mehr vereinbar, welche darauf abstellt, dass sich die Umweltinformationen im Besitz der Behörde befinden oder von dieser erstellt wurden.

⁶ Reichold-Thomas/Putzo – ZPO, 36. Auflage 2015 § 284 Rn 3.

⁷ OVG Münster – Urt. v. 15. August 2003 – Az. 21 B 375/03 – NVwZ-RR 2004, 169 (169 f.).

Damit kommt es entscheidend darauf an, dass die Stelle die tatsächliche räumliche Verfügungsbefugnis über die Information besitzt. Rechtliche Hindernisse sind demgegenüber gleichgültig, entscheidend ist lediglich, ob sich die Information im räumlichen Verfügungsbereich befindet.⁸

Dies ist hier jedoch auszuschließen. Der Umstand, dass sich eine Liste mit verfügbaren Umweltinformationen weder im Besitz des BND befindet noch von ihm zu irgendeinem Zeitpunkt erstellt wurde, ist dem Kläger bereits mitgeteilt worden (s.o.). Gleichwohl vermutet der Kläger sowohl in seinem Widerspruch vom 28. März 2017 wie auch in der Klagebegründung, dass sich diese Informationen dennoch im BND befänden.

Zum Beweis hierfür hat der Kläger einen Auszug aus dem Aktenplan des BND (Anlage K3) beigebracht, welche im Übrigen nach der Verschlussanweisung des Bundes (VSA) nach § 3 Nr. 4 als VS- Nur für den Dienstgebrauch (NfD) eingestuft und rechtswidrig aus dem BND abgeflossen ist. Wenn der Kläger nun vorbringt, dass aus einem Aktenplan ablesbar wäre, über welche Informationen eine Behörde – respektive der BND – verfüge, geht diese Vermutung fehl.

Ein Aktenplan ist die Regelung der systematischen Ordnung des gesamten Schriftgutes (der Akten) einer Verwaltung, eines Unternehmens oder einer sonstigen Organisation. Ziel des Aktenplanes ist die übersichtliche, nachvollziehbare und wirtschaftliche Ordnung des Schriftgutes. Er ist damit wesentlicher Bestandteil einer ordnungsgemäßen Schriftgutverwaltung. Aus dem Aktenplan wird vor der Erstellung eines Vorganges oder eines Schriftstückes die entsprechende Ordnungszahl entnommen und als Aktenzeichen diesem vorangestellt. Aktenpläne folgen meistens einer Vorlage und werden durch entsprechende behördenspezifische Aktenzeichen ergänzt. Aus dem vom Kläger beigebrachten Aktenplan lässt sich unschwer erkennen, dass dieser zunächst einem allgemeinen Muster folgt (Allgemeine Grundlagen, Haushaltswesen etc.), dann jedoch auch bestimmte, nachrichtendienstliche Themen beinhaltet (Staatsapparat).

Ein Aktenplan ist somit lediglich ein Überblick für die entsprechenden, behördeninternen Bereiche, im Bedarfsfall das richtige Aktenzeichen für einen zu erstellenden Vorgang zu finden. Er enthält deshalb logischerweise ein Aktenzeichen, bevor ein Vorgang oder ein Schriftstück hierunter erstellt und archiviert wird. Keinesfalls lässt sich daraus jedoch der Umkehrschluss ziehen, dass zu jedem Aktenzeichen auch eine entsprechende Akte existiert.

⁸ Karg-Gersdorf/Paal – a.a.O. § 2 Rn 53.

Der BND hat dem Kläger bereits mitgeteilt, dass die von ihm begehrten Informationen nicht vorhanden sind. Selbst wenn diese vorhanden wären, bestünde keine weitergehende Verpflichtung seitens des BND, diese Informationen zusammenzustellen.

Soweit der Kläger in seiner Klageschrift aufführt, dass der BND verpflichtet sei, die von ihm begehrten Daten zusammenzustellen, da dies ein Teil der Informationsgewährung sei, so ist diese Auffassung unrichtig.

Aus dem bereits dargestellten Begriff des Verfügens ergibt sich, dass die informationspflichtige Stelle auch nicht zur aktiven Beschaffung verpflichtet werden kann.⁹ Denn die Gewährung eines Zugangs zu Informationen setzt jedenfalls voraus, dass die anspruchspflichtige Behörde selbst tatsächlich Zugriff auf die Informationen hat. Müsste sich die informationspflichtige Stelle diesen Zugriff erst verschaffen, bedürfte es hierfür wiederum einer Rechtsgrundlage, um gegenüber Behörden und Privaten, die im Besitz der Informationen sind, ein Herausgabeverlangen durchsetzen zu können.¹⁰

Informationen liegen auch dann nicht i.S.d. § 2 Abs. 4 S. 1 UIG vor, wenn zwar die informationspflichtige Stelle über die Rohdaten verfügt, der Anspruch sich jedoch auf eine Auswertung dieser Rohdaten oder die Mitteilung des Ergebnisses einer weitergehenden Ver- bzw. Bearbeitung richtet, welche zum Zeitpunkt der Beantragung nicht vorliegt. Denn in diesem Fall müsste die informationspflichtige Stelle über die Auskunftserteilung hinaus aktiv werden. Dabei würde es sich um eine vom Anspruch gem. § 3 Abs. 1 UIG nicht gedeckte Beschaffungshandlung handeln.¹¹

So verhält es sich auch hier. Selbst wenn man annähme, dass hinter den in dem Aktenplan aufgezeigten Aktenzeichen tatsächlich Umweltinformationen stünden, so würde sich daraus noch keine Pflicht von Seiten des BND ergeben, diese Informationen für den Kläger zusammenzustellen.

An diesem Ergebnis vermag auch die vom Kläger aufgeführte Rechtsprechung auf S. 3 seiner Klageschrift nichts zu ändern. Bei dem vonseiten des Klägers aufgeführte Urteil des OVG NRW lagen die begehrten Informationen in der richtigen Form vor, sie mussten lediglich geschwärzt bzw. von anderen Daten getrennt wer-

⁹ Karg-Gersdorf/Paal – a.a.O. § 2 Rn 120.

¹⁰ BVerwG, Beschl. v. 27. Mai 2013 – 7 B 43/12 – NJW 2013, 2538, (2539).

¹¹ Karg-Gersdorf/Paal – BeckOK Informations- und Medienrecht, 16. Edition 2017 UIG § 3Rn 120.

den.¹² Ähnlich gelagert war auch das aufgeführte Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Auch hier lagen die Informationen in der aufbereiteten Form vor.¹³

Insoweit geht deshalb die vorgetragene Auffassung des Klägers unter zweierlei Gesichtspunkten fehl: Einerseits liegen die begehrten Informationen im BND nicht vor, andererseits wäre ihre Überführung in ein Verzeichnis, das jegliche Informationen zusammenträgt, eine Verarbeitung, welche vom UIG nicht getragen wird.

Darüber hinaus begründet § 7 UIG auch keinen Anspruch auf Erstellung eines solchen Verzeichnisses. Nach § 7 Abs. 1 S. 1 UIG ergreifen informationspflichtige Stellen die erforderlichen Maßnahmen, um den Zugang zu den bei ihnen verfügbaren Informationen im Rahmen des § 3 Abs. 1 S. 1 UIG zu erleichtern. Die dazu notwendigen praktischen Vorkehrungen sehen unter anderem zur Erleichterung des Informationszugangs gem. § 7 Abs. 2 Nr. 2 UIG die Veröffentlichung von Verzeichnissen über verfügbare Umweltinformationen vor, über welche der BND bislang - wie bereits eingangs dargelegt - nicht verfügt.

Bei dieser sich aus dem UIG ergebenden Verpflichtung zur Einrichtung eines solchen Verzeichnisses handelt es sich jedoch ausschließlich um eine objektivrechtliche Norm, welche als Adressaten einzig die verpflichtete Behörde dazu anhält, unterstützende Maßnahmen zu ergreifen, sofern dies notwendig erscheint.¹⁴ Somit beinhaltet die Norm keinen Anspruch eines Anfragenden, die nach dem UIG verpflichtete Behörde zu einer Veröffentlichung eines solchen Verzeichnisses zu bewegen.

Damit besteht für den Kläger kein Informationsanspruch gem. § 3 Abs. 1 S.1 UIG, da der BND über die klägerischerseits begehrten Informationen gem. § 2 Abs. 4 UIG weder verfügt noch ein entsprechender Anspruch auf Zusammenstellung besteht.

Sollte man sich dieser Auffassung nicht anschließen und eine solche Verpflichtung zur aktiven Beschaffung der Informationen dennoch annehmen, stünden Versagungsgründe dem Zugang entgegen.

¹² OVG Münster, Urt. v. 1. März 2011 – 8 A 3358/08 – BeckRS 2011, 48165.

¹³ BVerG, Urt. v. 27. November 2014 – 7 C 2012 – ZUM RD 2016, 64, (69).

¹⁴ Reidt/Schilder-Landmann/Rohmer – Umweltrecht, 82. EL 2017 UIG § 7 Rn 3.

c. Entgegenstehender Schutz öffentlicher Belange gem. § 8 UIG

Dem Zugang des Klägers zu den begehrten Umweltinformationen steht der Schutz öffentlicher Belange. Das Bekanntgeben der Informationen hätte zum einen nachteilige Auswirkungen auf bedeutsame Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit gem. § 8 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 3 UIG (aa.). Zum anderen wurde der Antrag offensichtlich rechtsmissbräuchlich gestellt gem. § 8 Abs. 2 Nr. 1 UIG (bb.).

aa. Nachteilige Auswirkungen auf bedeutsame Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit, § 8 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 3 UIG

Die Beschaffung der Informationen hätte nachteilige Auswirkungen auf bedeutsame Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit gem. § 8 Abs. 1 Nr. 1 Alt. 3 UIG.

Zu den bedeutsamen Schutzgütern der öffentlichen Sicherheit gehören staatliche, besonders wichtige Einrichtungen, die durch die Preisgabe von Umweltinformationen nicht gefährdet werden dürfen. Die Begründung im Regierungsentwurf nennt zudem beispielhaft die Gefährdung der Funktionsfähigkeit des Staates sowie die Preisgabe von Verfassungsschutzdaten.¹⁵

Für die Bejahung der Möglichkeit nachteiliger Auswirkungen ist es ausreichend, wenn nach einer prognostischen Betrachtung auf der Grundlage einer hinreichenden Sachverhaltsaufklärung mit Handlungen zu rechnen ist, welche die Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit ernsthaft beeinträchtigen können.¹⁶

Mit der Aufnahme des Ablehnungsgrundes der bedeutsamen Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit hat der Gesetzgeber den in § 3 Nr. 8 IFG enthaltenen Rechtsgedanken im UIG insoweit berücksichtigt, als zu den bedeutsamen Schutzgütern wie erwähnt die bedeutsamen Einrichtungen des Staates und deren Funktionsfähigkeit gehören. Während dieser Rechtsgedanke im Geltungsbereich des IFG ausdrücklich als Bereichsausnahme für die Nachrichtendienste ausgebildet ist, erfährt er in Umsetzung der Richtlinie EG 2003/4/EG seine Bedeutung als Ablehnungsgrund und macht somit eine Ausnahme vom grundsätzlich voraussetzungslos zu gewährenden Zugang zu Umweltinformationen. Die Nachrichtendienste und damit hier der BND sind dabei nicht die einzigen, aber Teile dieser bedeutsa-

¹⁵ Vgl. Gesetzesentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Neugestaltung des UIG, BT Drs. 12/7138 S. 28.

¹⁶ Vgl. OVG Koblenz, Urt. v. 2. Juni 2006 – 8 A 10267/06 – NVwZ 2007, 351, (353); *Reidt/Schilder-Landmann/Rohmer* – Umweltrecht, 82. EL 2017 UIG § 8 Rn 18.

men Einrichtungen des Staates und schutzwürdig, soweit mit der Preisgabe der erwünschten Informationen ihre Funktionsfähigkeit gefährdet ist.

Durch gezielte Informationsermittlung auf den ersten Blick unscheinbar wirkender Informationen ließen sich unter Umständen – einer Mosaikbildung vergleichbar – Rückschlüsse auf Aktivitäten und Strategien der Nachrichtendienste ziehen. Mit einer solchen Zusammenstellung würde der Kläger sein Ziel erreichen, einer einfachen Übersicht folgend, beliebig Anträge auf Zugang zu Umweltinformationen stellen zu können. Durch einen solchen Informationszugang könnte er gezielt Informationen über einzelne Bereiche des BND erhalten, durch die damit einhergehende Veröffentlichung stünden diese einer unbeschränkten Vielzahl von Personen offen, was eine schleichende Aushöhlung der Funktionsfähigkeit des BND und damit der Funktionsfähigkeit des Staates zur Folge hätte.

Denn so könnten unberechtigte Dritte durch die Veröffentlichung möglicherweise Verfahrens- und Handlungsabläufe im BND zu ihren Gunsten nachvollziehen. Durch die darauf aufbauenden Abwehrmaßnahmen dieser Personen könnte das Aufklärungspotential des BND beeinträchtigt werden und die Erfüllung des sich aus § 1 Abs. 2 BNDG ergebenden gesetzlichen Auftrags beeinträchtigt werden.

bb. Offensichtliche missbräuchliche Stellung des Antrags, § 8 Abs. 2 Nr. 1 UIG

Der Antrag wurde außerdem offensichtlich missbräuchlich gestellt und ist daher mangels öffentlichen Interesses abzulehnen gem. § 8 Abs. 2 Nr. 1 UIG.

Ein solcher verwendungsbezogener Missbrauch ist anzunehmen, wenn der Antrag nicht das Ziel verfolgt, dem mit dem UIG (und der UIRL) verfolgten Zweck der Publizität von Umweltinformationen und der Förderung des Umweltschutzes zu dienen.¹⁷

Der Kläger hat weder in seinem ursprünglichen Antrag, dem sich hieran anschließenden Widerspruch noch in seiner Klagebegründung ein Interesse am Umwelt- oder Naturschutz dargelegt. Als Mitarbeiter der OKF bzw. Betreiber des Portals FragdenStaat.de ist demgegenüber vielmehr die bloße Ausforschung von Behörden und die damit verbundene öffentliche Zugänglichmachung von Informationen sein Kerninteresse. Das bloße Interesse an der Veröffentlichung staatlicher Informationen ohne die Verfolgung weiterer Motive ist somit mit dem Zweck des UIG unvereinbar.

¹⁷ Vgl. Karg-Gersdorf/Paal - BeckOK Informations- und Medienrecht 16. Edition 2017 UIG § 8 Rn 48; Reidt/Schilder-Landmann/Rohmer – Umweltrecht, 82. EL 2017 UIG § 8 Rn 54.

Für dieses Ergebnis spricht die Vielzahl der Anträge und die diesen zugrundeliegenden Themen. Diese wirken willkürlich und nicht zweckorientiert.

Der Umstand, dass der Kläger sich in dem Besitz eines Aktenplans wähnt, welcher bereits feststehend Auskunft darüber geben soll, dass die von ihm begehrten Informationen unzweifelhaft im BND vorlägen, zeugt davon, dass sich das Interesse des Klägers lediglich darauf beschränkt, sich in einem auf möglichst Breitenwirkung ausgerichteten Verfahren ein Forum zu schaffen. So erscheint der Antrag eher gezielt dazu gewählt, um im Rahmen des Verfahrens den BND vorzuführen, als mit einem der Allgemeinheit dienenden Bewusstsein dem Umweltschutz zu dienen.

Regelungszweck des § 8 Abs. 2 Nr. 1 UIG ist aber auch der Schutz der behördlichen Arbeitszeit und –kraft vor missbräuchlicher Inanspruchnahme. Dabei ist zwischen einem behördenbezogenen und einem verwendungsbezogenen Missbrauch zu unterscheiden.¹⁸ Beide Missbrauchstatbestände sind hier durch den Kläger erfüllt.

Ein verwendungsbezogener Missbrauch ist zu bejahen, wenn der Antragsteller gezielt Informationen sammelt, um diese gegen einen anderen zu verwenden.¹⁹ Dies ist hier der Fall. So geht es dem Kläger vor allem darum, Behörden mit dem Ziel auszuforschen, die dabei gewonnenen Erkenntnisse im Internet auf der Seite der „Open Knowledge Foundation“ zu veröffentlichen. Der Inhalt der gewonnenen Informationen ist dabei irrelevant, maßgeblich ist alleine der Informationsgewinn. Es ist augenscheinlich, dass dieser verfolgte Zweck mit der Arbeitsweise eines Nachrichtendienstes, der darauf angewiesen ist, in seinen Strukturen und Arbeitsweisen unerkannt zu bleiben, um seinem in § 1 Abs. 2 BNDG normierten gesetzlichen Auftrag – Gewinnung und Auswertung von Erkenntnissen über das Ausland, welche von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind – zu erfüllen, unvereinbar ist und die Arbeitsweise des BND schädigen kann (vgl. dazu bereits B., II., 1., C., aa.).

Demgegenüber liegt ein behördenbezogener Missbrauch vor, wenn die Arbeitskraft und –zeit der Behörde missbräuchlich in Anspruch genommen wird. Auch dies ist hier zu bejahen. Die Einsteuerung der (Erst-)Anträge erfolgte über das Portal FragdenStaat.de, einer Internetplattform, die einzig darauf ausgelegt, möglichst

¹⁸ Vgl. BVerwG, Urt. v. 24. September 2009 – 7 C 2/09 – NVwZ 2010, 189, (191).

¹⁹ Vgl. *Reidt/Schilder-Landmann/Rohmer* – Umweltrecht 82. EL 2017 UIG § 8 Rn 54

ohne großen Aufwand Informationsanträge an Behörden zu stellen. Durch eine entsprechende Eingabemaske können binnen kürzester Zeit Anträge in elektronischer Form gestellt werden, was für Behörden eine erhebliche Missbrauchsgefahr birgt.

Auch wenn der Regelungszweck des UIG vonseiten des BND in keiner Weise anzweifelt wird, so bindet eine Anfrage des Klägers mehrere Stellen des BND in nicht unerheblichem Ausmaß. Wenn man dabei miteinbezieht, dass dies lediglich zu dem Zweck erfolgt, Informationen zugänglich zu machen, so wird dabei der Zweck des Gesetzes in erheblichem Maße konterkariert und schließlich ad absurdum geführt.

Nach der Bejahung eines solchen Missbrauchs hat die im letzten Halbsatz des § 8 Abs. 2 UIG geforderte Abwägung zwar keine Relevanz mehr, gleichwohl würde auch hier das Interesse des BND überwiegen.²⁰

2. Fehlende Rechtsverletzung des Klägers

Die Rechtmäßigkeit der Ablehnung des Antrags des Klägers schließt eine entsprechende Rechtsverletzung des Klägers gem. § 113 Abs. 5 S. 1 VwGO aus.

Die Klage ist mithin unbegründet und wird im Ergebnis abzuweisen sein.

Im Auftrag



(Dr. Ader)

²⁰ Vgl. Gesetzesentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Neugestaltung des UIG, BT - Drs. 15/3406 S. 19.

UIG-Anfrage: Verzeichnis verfügbarer Umweltinformationen [#17667]

Betreff: UIG-Anfrage: Verzeichnis verfügbarer Umwel_nforma_onen [#17667]

Von: Informa_on <Informa_on@bundesnachrichtendienst.de>

Datum: 24.08.2016 08:16

An: BND <zentrale@bundesnachrichtendienst.de>

Kopie (CC): a.semsro0.h3rbuse2y6@fragdenstaat.de

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,
nachfolge Mail mit Bi0e um Übernahme.

Vielen Dank!

Das Team der Pressestelle

--

--

Bundesnachrichtendienst
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Gardeschützenweg 71 - 101
12203 Berlin
Tel.: 030/20 45 36 30
Fax: 030/20 45 36 31

www.bundesnachrichtendienst.de



----- Original-Nachricht -----

Betreff:UIG-Anfrage: Verzeichnis verfügbarer Umwel_nforma_onen [#17667]

Datum:Tue, 23 Aug 2016 12:49:43 -0000

Von:Arne Semsro0 <a.semsro0.h3rbuse2y6@fragdenstaat.de>

Antwort an:Arne Semsro0 <a.semsro0.h3rbuse2y6@fragdenstaat.de>

An:informa_on@bundesnachrichtendienst.de

Antrag nach dem UIG

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte senden Sie mir Folgendes zu:

- Ein Verzeichnis verfügbarer Umweltinformationen beim BND gemäß §7 UIG

Dies ist ein UIG-Antrag.

Ich bitte Sie um eine Antwort in elektronischer Form (E-Mail) gemäß § 8 EGovG und möchte Sie um eine Empfangsbestätigung bitten.

Mit freundlichen Grüßen,

Arne Semsrott

Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.

a.semsrott.h3rbuse2y6@fragdenstaat.de

Postanschrift

Arne Semsrott

Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.

c/o Open Knowledge Foundation Deutschland e.V., Singerstraße 109, 10179 Berlin

--

Rechtshinweis: Diese E-Mail wurde über den Webservice <https://fragdenstaat.de> versendet. Antworten werden ggf. im Auftrag der Antragstellenden automatisch auf dem Internet-Portal veröffentlicht. Falls Sie noch Fragen haben, besuchen Sie <https://fragdenstaat.de/hilfe/fuer-behoerden/>



Anlage 3



Verfügung



POSTANSCHRIFT Bundesnachrichtendienst, Postfach 1 20, 82042 Pullach

Dr. Werner Ader
Referatsleiter Justitiar und Datenschutz

1. Herr Arne Semsrott
Open Knowledge Foundation e.V.
Singerstr. 109
10179 Berlin

HAUSANSCHRIFT Heilmannstraße 30, 82049 Pullach

POSTANSCHRIFT Postfach 1 20, 82042 Pullach

TEL 089-7931567

BEARBEITER Herr Veith

E-MAIL rechtsreferat@bnd.bund.de

INTERNET www.bnd.bund.de

DATUM 28. September 2016

GESCHÄFTSZEICHEN ZYFA-54-75-ZYFA-0243/16-VS-NID

BETREFF Anfrage nach dem UIG
HIER Antrag auf Zugang zu Umweltinformationen gem. § 3 UIG
BEZUG Ihre E-Mail vom 23. August 2016

Sehr geehrter Herr Semsrott,

mit E-Mail vom 23. August 2016 (Bezug) baten Sie den Bundesnachrichtendienst (BND) um die Übersendung eines Verzeichnisses verfügbarer Umweltinformationen.

Gem. § 7 Abs. 1 Umweltinformationsgesetz (UIG) ergreifen die informationspflichtigen Stellen Maßnahmen, um den Zugang zu den bei ihnen vorliegenden Umweltinformationen zu erleichtern. Dazu zählt gem. § 7 Abs. 2 Nr. 2 UIG auch die Veröffentlichung eines Umweltverzeichnisses.

Ihre E-Mail lege ich als Anspruch auf Zugang zu Umweltinformationen gem. § 3 Umweltinformationsgesetz (UIG) aus.

Gem. § 4 Abs. 2 S. 1 UIG muss der Antrag des Petenten jedoch erkennen lassen, zu welchen Umweltinformationen der Zugang gewünscht wird. Ist der Antrag unbestimmt, so ist dies dem Antragssteller mitzuteilen und ihm Gelegenheit zur Präzisierung zu geben.

Ihrem Antrag vom 23. August ist nicht zu entnehmen, zu welchen Umweltinformationen Sie Zugang begehren. Sie begehren lediglich die Übersendung eines Verzeichnisses. Aus diesem Grund möchte ich Sie bitten, Ihren Antrag wie oben dargelegt zu präzisieren.

Bitte beachten Sie, dass eine verbindliche Entscheidung über Ihren Antrag erst nach dieser Präzisierung des Antrags erfolgen kann.

Für etwaige Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung und bitte Sie, diese unter Angabe des o.g. Aktenzeichens zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Ad 28/9.

(Dr. Ader)

2. L-ZYFA m.d.B.u.K.u.F.

3. L-ZYF z.U.

4. Bitte absenden. ✓ *See 28/9*

5. z.d.A. bei ZYFA/Veith.

28/09/16

Ve 28/09/16

Anlage 6

1

DEKLASSIFIZIERT



WG: UIG-Anfrage: Dokumente zum Umweltschutz [#19816]

█-SGL An: █-PETENTEN

Gesendet von: Franziska Koecher

09.01.2017 11:47

Tel.: █

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Franziska Köchert

----- Weitergeleitet von Franziska Koecher/DAND am 09.01.2017 11:47 -----

Von: █ DAND

An: █-SGL/DAND@DAND, Franziska Koecher/DAND@DAND

Datum: 09.01.2017 11:46

Betreff: Antwort: WG: UIG-Anfrage: Dokumente zum Umweltschutz [#19816]

Gesendet von: █

Anbei eine weitergeleitete Nachricht aus dem █ Netz.

Freundlich grüßt Sie

Ihr █ in Pullach

Tel. █

rechtsreferat

Bitte weiterleiten an █-SGL und Frau Köchert....

09.01.2017 11:42:12

Von: rechtsreferat@bnd.bund.de

An: █@bnd.bund.de

Datum: 09.01.2017 11:42

Betreff: WG: UIG-Anfrage: Dokumente zum Umweltschutz [#19816]

Bitte weiterleiten an █-SGL und Frau Köchert. Vielen Dank.

-----Weitergeleitet von rechtsreferat █ am 09.01.2017 11:39 -----

An: rechtsreferat@bnd.bund.de

Von: Arne Semsrott <a.semsrott.yfkt8bzhwz@fragdenstaat.de>

Datum: 08.01.2017 14:53

Betreff: UIG-Anfrage: Dokumente zum Umweltschutz [#19816]

Antrag nach dem UIG

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte senden Sie mir Folgendes zu:

Eine Übersicht der Titel sämtlicher Akten, die beim Bundesnachrichtendienst zum Umweltschutz vorhanden sind, darunter, aber nicht ausschließlich Rechtsgrundlagen, innerdienstliche Weisungen Umweltschutz, Rundschreiben und Umweltschadensfälle im BND. Zumindest in einer früheren Version des Aktenplans sind diese unter den Aktenzeichen 72-... zu finden.

Dies ist ein Antrag auf Zugang zu amtlichen Informationen nach § 3 Umweltinformationsgesetz (UIG). Ich verweise auf § 3 Abs... 3 Satz 2 Nr. 1 UIG und bitte Sie, mir die erbetenen Informationen so schnell wie möglich, spätestens nach Ablauf eines Monats zugänglich zu machen. Ich bitte Sie um eine Antwort in elektronischer Form (E-Mail) gemäß § 8 EGovG.

Ich möchte Sie um eine Empfangsbestätigung bitten und danke Ihnen für Ihre Mühe!

DEKLASSIFIZIERT

Mit freundlichen Grüßen,

Arne Semsrott
Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.
a.semsrott.yfkt8bzhwz@fragdenstaat.de

Postanschrift
Arne Semsrott
Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.
c/o Open Knowledge Foundation Deutschland e.V., Singerstraße 109, 10179
Berlin

--

Rechtshinweis: Diese E-Mail wurde über den Webservice
<https://fragdenstaat.de> versendet. Antworten werden ggf. im Auftrag der
Antragstellenden automatisch auf dem Internet-Portal veröffentlicht. Falls
Sie noch Fragen haben, besuchen Sie
<https://fragdenstaat.de/hilfe/fuer-behoerden/>

Anlage 4

An: rechtsreferat@bnd.bund...de

Von: Arne Semsrott <a.semsrott.h3rbuse2y6@fragdenstaat.de>

Datum: 25.10.2016 11:33

Betreff: AW: Anfrage nach dem UIG (ZYFA-54-75 ZYFA 0243/16) [#17667]

Geschäftszeichen: ZYFA-54-75 ZYFA 0243/16

Sehr geehrter Herr Ader,

vielen Dank für Ihre Antwort auf meinen UIG-Antrag vom 23. August. Da der BND keinen Aktenplan veröffentlicht hat, ist es mir auf dieser Grundlage nicht möglich, meinen Antrag genauer zu spezifizieren..

Dennoch grenze ich den Antrag wie folgt ein:

Bitte senden Sie mir gemäß § 3 UIG sämtliche innerdienstlichen Berichte/Rundschreiben des Energiebeauftragten BND aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 zu. Eine elektronische Zusendung ist ausreichend.

Mit freundlichen Grüßen

Arne Semsrott

Anfragenr: 17667

Antwort an: a.semsrott.h3rbuse2y6@fragdenstaat.de

Postanschrift

Arne Semsrott

Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.

c/o Open Knowledge Foundation Deutschland e.V., Singerstraße 109, 10179 Berlin

--

Rechtshinweis: Diese E-Mail wurde über den Webservice

<https://fragdenstaat.de> versendet. Antworten werden ggf. im Auftrag der Antragstellenden automatisch auf dem Internet-Portal veröffentlicht. Falls Sie noch Fragen haben, besuchen Sie <https://fragdenstaat.de/hilfe/fuer-behoerden/>



Bundesnachrichtendienst

Eingegangen

05. Okt. 2017

Heinemann & Partner, Rechtsanwälte -
Partnerschaftsgesellschaft mbB



POSTANSCHRIFT Bundesnachrichtendienst, Postfach 1 20, 82042 Pullach

Arne Semsrott
Open Knowlegde Foundation e.V.
Singerstr. 109
10179 Berlin

Armin Doenhoff
Justitiariat und Datenschutz

HAUSANSCHRIFT Heilmannstraße 30, 82049 Pullach
POSTANSCHRIFT Postfach 1 20, 82042 Pullach

TEL 089-7931567

BEARBEITER Herr Veith

E-MAIL rechtsreferat@bnd.bund.de
INTERNET www.bnd.bund.de

DATUM 25. November 2016
GESCHÄFTSZEICHEN ZYFA-54-75-ZYFA-290/16

Vorab per Mail !

BETREFF Anfrage nach dem UIG
HIER Antrag auf Zugang zu Umweltinformationen gem. § 3 UIG
BEZUG 1. Ihre E-Mail vom 23. August 2016
2. Schreiben des BND vom 28. September 2016
3. Ihre Mail vom 25. Oktober 2016

Sehr geehrter Herr Semsrott,

auf Ihren Antrag vom 25. Oktober 2016 erlässt der BND folgenden Bescheid:

Auf Ihren Antrag vom 25. Oktober 2016 teilt Ihnen der BND mit, dass er über keine innerdienstlichen Berichte und Rundschreiben des Umweltbeauftragten verfügt.

I.

Mit E-Mail vom 23. August 2016 (Bezug 1) baten Sie den Bundesnachrichtendienst (BND) um die Übersendung eines Verzeichnisses verfügbarer Umweltinformationen.

Mit Schreiben vom 28. September (Bezug 2) legte der BND Ihre Anfrage als Anspruch auf Zugang zu Umweltinformationen aus. Hierbei bat der BND Sie, Ihren Antrag dahingehend zu präzisieren, zu welchen Umweltinformationen Sie Zugang begehren. Die An-

frage nach Übersendung eines Verzeichnisses war nach Auffassung des BND zu unbestimmt.

Mit E-Mail vom 25. Oktober (Bezug 3) grenzten Sie Ihren Antrag insoweit ein, als dass Sie um Übersendung von sämtlichen innerdienstlichen Berichten und Rundschreiben des Umweltbeauftragten des BND aus den Jahren 2014 bis 2016 baten.

II.

Nach Auslegung Ihres Antrags als Anspruch auf Zugang zu Umweltinformationen gem. § 3 Umweltinformationsgesetz (UIG) teilt der BND Ihnen mit, dass er weder über Berichte noch Rundschreiben eines Umweltbeauftragten verfügt.

Gem. § 3 Abs. 1 S. 1 UIG hat jede Person nach Maßgabe dieses Gesetzes Anspruch auf freien Zugang zu Umweltinformationen, über die eine informationspflichtige Stelle des § 2 Abs. 1 verfügt, ohne ein rechtliches Interesse darzulegen.

Der BND ist zwar als andere Stelle der öffentlichen Verwaltung informationspflichtig gem. § 2 Abs. 1 Nr. 1 UIG.

Bei den von Ihnen begehrten Berichten und Rundschreiben des Umweltbeauftragten handelt es sich auch um Umweltinformationen gem. § 2 Abs. 3 Nr. 4 UIG.

Darunter fallen unabhängig von der Art ihrer Speicherung alle Daten über Berichte über die Umsetzung des Umweltrechts. Die Begrifflichkeit des „Berichts“ ist weit zu fassen und umfasst sämtliche Berichte und Stellungnahmen.¹

Auf Ihren Antrag muss ich Ihnen jedoch mitteilen, dass der BND derzeit über keinen Umweltbeauftragten verfügt und dieser deshalb weder Berichte noch Rundschreiben verfasst. Aus diesem Grund kann ein Zugang zu den von Ihnen begehrten Informationen nicht gewährt werden.

¹ Vgl. BeckOK Karg-InfoMedienR § 2 Rn 106.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Bundesnachrichtendienst, Heilmannstr. 30, 82049 Pullach einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Doenhoff', with a stylized flourish at the end.

(Doenhoff)